

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Es sind schwere Wochen, die unser Nachbar und Freund Frankreich erlebt. Auch wir stehen noch immer unter dem Eindruck der schrecklichen Ereignisse von Paris und dem sinnlosen Morden der IS-Terrorgruppe. Die deutsch-französische Freundschaft ist kein Schönwetterprojekt, echte Freundschaft zeigt sich gerade in schweren Zeiten.



Doch nicht nur Frankreich, unsere gesamte Zivilisation wird durch die Gräueltaten des IS bedroht. Sie wollen unserem Gesellschaftsmodell, dem die Freiheit des Einzelnen zugrunde liegt und das Minderheiten schützt, ein Ende bereiten und dieses durch eine pseudo-religiöse Terrorherrschaft ersetzen. Dabei kennt der IS kein Tabu. Gespräche und Verhandlungen sind mit ihm unmöglich. Dem IS muss mit den Mitteln, die der freien Welt zur Verfügung stehen, ein Ende bereitet werden. Hierzu gehört neben der Diplomatie und der Entwicklungszusammenarbeit auch das Militär. Deutschland als größter Staat in der Europäischen Union darf angesichts der aktuellen Lage nicht untätig bleiben. Dass unser Beitrag zählt und wirkt, haben wir bereits bewiesen. Im Nordirak gelang es durch Lieferung von militärischem Ausrüstungsmaterial zur Unterstützung der kurdischen Regionalregierung, den IS zu stoppen und zurückzudrängen.

In dieser Woche haben wir die Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS auf Grundlage von Art. 51 der Charta der Vereinten Nationen i.V. mit Art. 42 Abs. 7 des Vertrags über die Europäische Union sowie diverser Resolutionen des VN-Sicherheitsrates beschlossen. Der von der Bundesregierung vorgeschlagene Beitrag dient dabei dem Kampf gegen den Terrorismus im Rahmen der Allianz gegen den IS. Er soll durch die Bereitstellung von Luftbetankung, Aufklärung (insbesondere luft-, raum- und seegestützt), Begleitschutz für den französischen Flugzeugträger *Charles de Gaulle* und Stabspersonal zur Unterstützung erfolgen. Insgesamt werden sich an dem Einsatz bis zu 1200 Soldatinnen und Soldaten mit Ausrüstung beteiligen. Der Einsatz unserer Streitkräfte wird vorrangig im und über dem Operationsgebiet der Terrororganisation IS in Syrien sowie auf dem Territorialgebiet von Staaten erfolgen, von denen eine Genehmigung der jeweiligen Regierung vorliegt, sowie im Seegebiet östliches Mittelmeer, Persischer Golf, Rotes Meer und angrenzenden Seegebieten.

Der Einsatz wird zunächst bis zum 31.12.2016 befristet sein. Er ist eingebettet in einen breiten politischen Ansatz, der von der großen Mehrheit der Staatengemeinschaft getragen wird und politische, humanitäre, und militärische Ebenen hat. Ziel ist es, den IS einzudämmen und Irak so zu stabilisieren, dass alle Bevölkerungsgruppen angemessen eingebunden werden. Ebenso soll durch diplomatische Bemühungen auf internationaler Ebene eine nachhaltige politische Befriedung Syriens und der Region erreicht werden.

Neben den unmittelbaren Unterstützungsleistungen im Kampf gegen den IS plant die Bundesregierung weiterhin, die französischen Streitkräfte durch die Übernahme von stärkerer Verantwortung in Mali sowie durch die Bereitstellung medizinischer Soforthilfe bei eventuellen weiteren Großschadensereignissen in Frankreich zu entlasten.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr
Helmut Brandt MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen



Parteien © Mellimage - Fotolia.com

Änderung des Parteiengesetzes

Der Gesetzentwurf, den wir in der zurückliegenden Woche gemeinsam mit unserem Koalitionspartner eingebracht haben und den ich für unsere Fraktion als zuständiger Berichterstatter betreue, sieht verschiedene Änderungen im Bereich der Parteienfinanzierung vor. Unter anderem soll die Rechtsstellung als Partei wegfallen, wenn über sechs Jahre fortwährend gegen die verfassungs- und parteirechtliche Rechenschaftspflicht verstoßen wird.

Auch sollen die Beiträge aus der staatlichen Teilfinanzierung für die bei Wahlen gewonnenen Stimmen und erhaltene Zuwendungen entsprechend der Preisentwicklung moderat erhöht werden, da hier seit 2002 keine Anpassung mehr erfolgt ist. Die im Gesetz festgelegten Höchstbeträge, die der Staat jährlich den Parteien zulassen kann (absolute Obergrenze), bleibt unverändert.

Mit der Gesetzesnovelle wollen wir sicherstellen, dass Parteien durch eine ausreichende und angemessene Finanzierung auch künftig ihrer im Grundgesetz festgeschriebenen Pflicht nachkommen können, an der politischen Willensbildung in unserem Land maßgeblich mitzuwirken.

Bericht über den Stand der Entwicklung des Tierschutzes 2015 vorgestellt

Alle vier Jahre berichtet die Bundesregierung über die Entwicklung des Tierschutzes in Deutschland. Schwerpunkte des vorliegenden [Berichts](#) sind die wesentlichen Gesetzesänderungen der vergangenen Jahre und die einschlägigen Aktivitäten der Bundesregierung auf europäischer Ebene. Mit der Tierwohlinitiative des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft soll die tiergerechte Haltung in Deutschland im Einklang mit der wirtschaftlichen Tragfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe weiterentwickelt werden.

Kinder und Jugendliche vor Gefahren durch E-Zigaretten und E-Shishas schützen

In erster Lesung haben wir uns mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung befasst, mit dem die Abgabe- und Konsumverbote des Jugendschutzgesetzes, die bislang nur für Tabakwaren gelten, auf elektronische Zigaretten und elektronische Shishas ausgedehnt werden sollen. Darüber hinaus sind Änderungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes vorgesehen, mit denen unter anderem zum Schutz der Kinder und Jugendlichen bei der Arbeit das Abgabeverbot von Tabakwaren auch für E-Zigaretten und E-Shishas gelten soll.

Klimaschutzbericht 2015 und Klimaschutzkonferenz in Paris

Das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 sichert mit konkreten Maßnahmen in unterschiedlichen Handlungsfeldern das Erreichen des nationalen Klimaziels für das Jahr 2020. Im Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 ist ein jährlicher Klimaschutzbericht der Bundesregierung vorgeschrieben. Mit ihm wird über den Stand der Umsetzung des Aktionsprogramms berichtet. Im [Klimaschutzbericht 2015](#) wird eine Vielzahl von bereits umgesetzten beziehungsweise in der Umsetzung befindlichen Einzelmaßnahmen dargestellt. Der Bericht zeigt, dass das Aktionsprogramm Klimaschutz erfolgreich umgesetzt wird und dass Deutschland auf dem Weg ist, das nationale Klimaschutzziel 2020 zu erreichen. Das ist insbesondere für den Klimagipfel in Paris, bei dem wir weiterhin einen völkerrechtlich verbindlichen Überprüfungsmechanismus erreichen wollen, ein wichtiges Signal.

Impressum:

Ausgabe Nr.: 21/15 04. Dezember 2015

Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 / 227-71472

Fax: 030 / 227-76471

E-Mail: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf

Tel.: 02404/557830

Fax: 02404/673445

E-Mail: helmut.brandt.wk@bundestag.de

Internet: helmut-brandt.de

[facebook.com/mdb.helmut.brandt](https://www.facebook.com/mdb.helmut.brandt)